

Erläuterungen

In der Generaldebatte des Haushaltsplans am 08.11.2023 haben die Parteien und Wählervereinigungen keine finanzwirksamen Anträge gestellt. Zur höheren Kreisumlage enthält der Textteil der Vorlage Ausführungen.

Finanzanträge zum Haushalt 2024 - Weitere Behandlung

lfd. Nr.	Antragsteller	Kostenstelle Auftrag/Sachkonto	Bezeichnung	Veränderung	Begründung	Vorgeschlagenes Vorgehen (VA 29.11.2023/GR 06.12.2023)

I. Fraktion Freie Wähler Ostfildern e.V.

Anmerkungen / Erledigung

1. Die Freien Wähler sehen die Notwendigkeit einer Haushaltsstrukturkommission im Sinne eines Konsolidierungskurses. Die Fraktion beantragt, dass die Verwaltung Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung erarbeitet, um langfristig wieder in ein finanziell ruhigeres Fahrwasser zu kommen.
2. Der Bevölkerung und den zukünftigen Schülerinnen und Schülern soll eine klare Perspektive zur Planung der neuen Gemeinschaftsschule aufgezeigt werden. Die Freien Wähler beantragen, dass eine Priorisierung der Schule vorgenommen wird, spätestens soll diese bei der Immobilienklausur benannt werden.
3. Die Freien Wähler bitten die Verwaltung um einen Vorschlag für die Überarbeitung des bestehenden einkommensabhängigen 9-stufigen Gebührenmodells der Kita-Gebühren, welches die Einkommensstufen überprüft und ergänzt. Das neue Stufenmodell muss spätestens im 3. Quartal beschlossen werden, um eine Umsetzung für 2025 zu garantieren.
4. Was die Flächennutzungsplanung betrifft, so fordert die Fraktion seit Jahren die Stadtverwaltung auf, aufzuzeigen, welches Wachstum die städtische Infrastruktur noch trägt.

II. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Die Grüne Fraktion regt bereits seit Jahren an, neue Ausbildungswege für Kita-Personal zu gehen und ist erfreut, dass die Stadt im kommenden Jahr die Möglichkeit eines Direkteinstiegs als weitere Qualifikation für Quereinsteiger*innen angeht. Damit mehr Fachkräfte auch nach der Ausbildung bei der Stadt bleiben, hält die Fraktion weitere Maßnahmen und eine personelle Aufstockung bei der Ausbildungsbegleitung für erforderlich.
2. Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dass die Stadt ein Konzept erarbeitet, wie an allen öffentlichen Plätzen (z.B. vor dem Stadthaus) und auf Spiel- und Sportplätzen mehr Schattenräume geschaffen werden können. Die Fraktion erinnert in diesem Zusammenhang an das Kunstprojekt mit einem gespannten Netz und künstlichem Blattwerk vor dem Stadthaus.
3. Bündnis 90/Die Grünen regen erneut die Einrichtung öffentlicher Trinkwasserspender an, um der Gefahr einer Dehydrierung bei Hitzewellen zu begegnen. Die Fraktion beantragt, dass die Stadt an einem zentralen Standort, z.B. in der Grünen Mitte Ruit, dem Campus in Nellingen oder auf dem Trensportfeld, einen solchen Trinkwasserspender als Pilotprojekt aufstellt. Dabei wird in allen Stadtteilen an zentralen Punkten ein Bedarf gesehen.
4. Die Fraktion erwähnt positiv die Trinkwasserspender, welche die Stadt für ihre Mitarbeiter*innen im Haushalt eingeplant hat. Solche Trinkwasserspender sind auch vorstellbar in den Schulen und in der Bibliothek im KuBinO.
5. Bündnis 90/Die Grünen regen an, dass die Verwaltung der Stadt nicht erst 2040 klimaneutral werden sollte, sondern dass dieses Ziel schon im Jahr 2035 erreicht wird.
6. Die kommunale Wärmeplanung (KWP) wurde 2023 fertiggestellt. Aus Sicht der Fraktion gilt es jetzt, die in der KWP aufgezeigten Potentiale zu nutzen und zügig die Umsetzung in den einzelnen Stadtteilen anzustoßen. Das Erstellen von Blockheizkraftwerken und Nahwärmenetzen könnte in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Auch die Wohneinheiten, welche sich im kommunalen Eigentum befinden, sollten zügig überprüft und entsprechend mit Fördergeldern erneuert werden (Energie- und Kosteneinsparungen).
7. Die Fraktion beantragt, dass die Stadt eine Personalstelle vorhält, die sich vollständig mit der Umsetzung des Mobilitätskonzeptes beschäftigt und die entsprechenden Planungen in die Wege leitet.
8. An den Hauptabstellplätzen für Fahrräder (insb. im Campus und an den Stadtbahnhaltestellen in Ruit und Nellingen) könnten sich Bündnis 90/Die Grünen Fahrradreparaturstationen mit Werkzeug und einer Luftpumpe vorstellen. Eine solche Station wird beantragt.
9. Beim Radschnellweg sollte die Stadtverwaltung sich aktiv für die geplante Streckenführung durch das Stadtgebiet einsetzen, für einen Übergang von der Machbarkeit in die Umsetzung sorgen und den Gemeinderat in die Planungen einbeziehen.
10. Die Fraktion fordert die Verwaltung hinsichtlich der Anbindung z.B. des Gewerbegebiets in Scharnhausen West auf, rechtzeitig vor der neuen Linienbündelausschreibung des Landkreises einen Bedarfsplan aufzusetzen und den Gemeinderat vorab in die geplanten Anforderungen an den Landkreis einzubinden.

11. Bündnis 90/Die Grünen beantragen, dass die Stadt das VVS Rider Konzept dem Gemeinderat vorstellt und eine Umsetzung auch für Ostfildern prüft. Es geht um die Anbindung abgelegener Stadtgebiete durch einen per App abzurufenden Kleinbus.
12. Ein weiterer Antrag der Fraktion beinhaltet, dass sich die Stadt erneut um das Förderprogramm für digitale Anzeigetafeln einiger zentraler Bushaltestellen bemühen soll. Weitere Haltestellen als die seither beschlossenen fünf kommen dafür in Betracht, z.B. im neuen Gewerbegebiet Scharnhausen West.
13. Bündnis 90/Die Grünen regen an, mit der VVS wegen nächtlichen Stadtbahnverbindungen und eine Erweiterung der U8-Anbindung auch an Wochenenden in den Dialog zu treten. Außerdem sollte sich die Verwaltung aktiv für die Planungen für die Stadtbahnverlängerung nach Esslingen einsetzen, welche von der Fraktion unterstützt werden.
14. Bei der Stadtentwicklung sehen Bündnis 90/Die Grünen bis 2040 keine Entwicklungen im Außenbereich, weswegen weitere neue Gebiete abgelehnt werden. Die Entwicklung muss im Inneren geschehen.
15. Die Fraktion beantragt, dass die Stadtverwaltung in Ostfildern eine Verpackungssteuer auf Basis des Grundsatzurteils des Bundesverwaltungsgerichts für die Stadt einführt, um der weiteren Vermüllung entgegenzuwirken, Einnahmen zur Deckung der Reinigungskosten zu generieren und den auch in der Stadt bereits zum Teil eingeführten Mehrwegsystemen einen weiteren Anreiz zu geben.
16. Bündnis 90/Die Grünen können sich als weitere Beteiligungsmöglichkeit einen Bürgerhaushalt in Ostfildern vorstellen und beantragen die Einführung eines solchen. Ein Bürgerhaushalt ist ein erfolgreich und etabliertes Partizipationsinstrument, das bereits in vielen Kommunen erfolgreich eingeführt wurde.

III. CDU-Fraktion

1. Allgemein sind für die CDU-Fraktion die Herausforderungen des Haushalts im Klartext: Die Finanzen müssen sorgfältig gemanagt werden, um die erforderlichen Dienstleistungen zu erbringen und gleichzeitig die finanzielle Stabilität zu wahren. Es sollen ausgewogene Investitionen für Pflicht- und freiwillige Aufgaben sowie für Projekte getätigt werden. Den Menschen ist im übrigen der Unterschied zwischen den sogenannten Pflicht- und freiwilligen Aufgaben nicht geläufig. Kunst, Kultur und Sport, die zu den freiwilligen Aufgaben der Stadt zählen, sind Betätigungsfelder, die das Leben nicht nur bereichern, sondern für die Bürger und Bürgerinnen ebenso wichtige Lebensinhalte darstellen und deshalb im Prinzip eigentlich zu Pflichtaufgaben geworden sind.
2. Vor dem Hintergrund, dass es notwendig sein wird, Großprojekte zu priorisieren und sich auf wenige konkrete Projekte zu konzentrieren, hätte die CDU-Fraktion gerne eine Priorisierungsliste zur kommenden Immobilienklausur, welche öffentlichen (sanierungsbedürftigen) Gebäude gehalten und welche abgestoßen werden sollten.
3. Die Fraktion erinnert an ihren Antrag, über den Stand der Überlegungen für die Ganztagsbetreuung in den Grundschulen (Rechtsanspruch ab 2026/2027) auf dem Laufenden gehalten zu werden.
4. Vereine sind wichtig für die Stadtgesellschaft und übernehmen wesentliche Aufgaben wie Kirben, Integrationshilfe, Begegnungsmöglichkeiten, Betreuungsangebote in Kultur, Sport und Musik usw. Aus Sicht der CDU-Fraktion warten die Vereine für dieses Engagement auf ein Signal, das die Stadt jetzt setzen muss.
5. Die CDU begrüßt den gestarteten Prozess der Umstrukturierung in Teilen der Verwaltung, was im Übrigen eine jahrelange Forderung der Fraktion war.
6. Die CDU-Fraktion setzt beim Klimaschutz auf Innovation, Forschung sowie die freien Kräfte des Marktes. Der gesamte Prozess nachhaltiger Veränderung macht die Einsicht der Menschen auf individueller und kollektiver Ebene erforderlich.
7. Bei der Stadtentwicklung weist die CDU-Fraktion darauf hin, dass nutzbare Grundstücke rar sind. Bestehende Flächen müssen optimal genutzt werden (Stichwort: Nachverdichtung). Die Schaffung von Wohnraum darf jedoch nicht auf Kosten der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger gehen.
8. Für die CDU-Fraktion stellt sich mehr denn je die Frage nach einer Entlastung Kernnats durch den Bau einer Filderauffahrt. Dieses uralte Thema sollte nicht aus den Augen verloren werden, auch wenn man schon nicht mehr daran zu glauben vermag.
9. Die Stadtverwaltung wird von der Fraktion im Sinne eines besseren Verkehrsflusses und Klimaschutzes gebeten, die Effizienz der städtischen Ampelschaltungen zu überprüfen (Stichwort "grüne Welle").
10. Die CDU-Fraktion trägt den Gedanken vor, sich mit einer Seilbahn als Verkehrsmittel zur besseren Anbindung in das Neckartal zu befassen. Die erforderlichen Eingriffe in die Natur wären milder als beim Bau einer Stadtbahntrasse nach Esslingen.

11. Das Projekt Parksiedlung Nordost sollte aus Sicht der CDU zum Abschluss gebracht werden, um mit der dringend notwendigen Sanierung der Parksiedlung und Kemnats voranzukommen. Dazu hätte die Fraktion gerne eine aktuelle Information mit einem voraussichtlichen Zeit- und Finanzierungsplan.

IV. SPD-Fraktion

1. Gegen den Fachkräftemangel in Erziehungsberufen ermöglicht der so genannte Zukunftsparagraph die stärkere Flexibilisierung der Standards. Die SPD-Fraktion bittet darum, dass dies nun auch in den städtischen Kitas aufgegriffen und umgesetzt wird. Alle möglichen Beschäftigungsformen für Erzieherinnen und sozialpädagogische Assistentinnen sind dabei auszuschöpfen und weitere Ausbildungsplätze und Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte anzubieten.
2. Die SPD-Fraktion beantragt eine Aufstockung der kommunalen Förderungspauschale für Kindertagespflegepersonen um 50 € pro Monat und Kind und die Überprüfung weiterer Förderungstatbestände.
3. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich besteht schrittweise ab dem Schuljahr 2026/2027. Die SPD erinnert an den vor der Sommerpause 2023 eingebrachten Antrag, in dem sie Konzepte für die Ganztagsbetreuung einfordert.
4. Die SPD-Fraktion befürwortet das Konzept der Ganztagschulen, welches für die Eltern beitragsfrei ist.
5. Nach den Umbaumaßnahmen an der Schule im Park bestehen dort gute Voraussetzungen für das Angebot einer Ganztagschule. Die SPD-Fraktion erwartet, dass die Verwaltung die Schulleitung bei der Entwicklung entsprechender Konzepte unterstützt.
6. Mit dem Umbau der Grundschule Kemnat und mit dem Bau einer Mensa werden diese Voraussetzungen für eine Ganztagschule erst in der Zukunft geschaffen, sollten jedoch auch bald konzeptionell geplant werden.
7. Die Gemeinschaftsschule ist laut Schulentwicklungsplanung auf 3,5 Züge ausgelegt. Die SPD-Fraktion bittet die Stadtverwaltung, als Schulträger lenkend auf Schule und Schulverwaltung einzuwirken und Schüler sowie Schülerinnen von auswärts dann eben auf andere Schulen zu verweisen.
8. Die SPD-Fraktion erwartet zur Schuldigitalisierung einen Bericht über die Betreuung der IT an den Schulen
9. Bei der Stadtentwicklung besteht einerseits ein hoher Bedarf an Wohnraum. Aus Sicht der SPD-Fraktion kann andererseits nicht unbegrenzt landwirtschaftliche Fläche und Boden versiegelt werden und es sollen Grünzonen zwischen den Stadtteilen erhalten bleiben.
10. Bei der Bürgerbeteiligung der Stadtsanierung Parksiedlung (Herzog-Philipp-Platz) hofft die SPD, dass auch Bevölkerungsgruppen beachtet und einbezogen werden, welche mit Beteiligungsverfahren sonst wenig Erfahrung haben.
11. Die SPD-Fraktion beantragt die Anpassung und Überarbeitung des Bebauungsplans Parksiedlung Mitte, der in seiner Strenge überholt ist (Beispiele: Erforderliche Ausnahmegenehmigungen für PV-Anlagen auf Garagendächern, Bestimmungen bezüglich Einfriedungen oder die Farbgebung der Dachziegel).
12. Außerdem wird beantragt, den "Runden Tisch Radverkehr" mit dem ADFC und der Stadtverwaltung wieder aufleben zu lassen und mit ausreichender Vorbereitung regelmäßig durchzuführen.
13. Die SPD-Fraktion hofft zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, dass zeitnah die Planung einer Buslinie "Ringverkehr" erfolgt und diese nicht weit in die Zukunft geschoben wird.
14. Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung um einen aktuellen Bericht zum Stand des vom Landkreis beauftragten Gutachtens über die Verlängerung der Stadtbahn nach Esslingen.
15. Außerdem beantragt die SPD, dass die Verwaltung ein Wohnungsleerstand-Management initiiert, welches die Beobachtung und Adressierung von nicht genutzten, aber beziehbaren Flächen in privatem und auch öffentlichem Eigentum im Blick behält. Zu diesem Thema wird eine online Wohnungstauschbörse angeregt (Senioren wollen sich verkleinern, Familien suchen größeren Wohnraum). Ein finanzieller Anreiz könnte dieses Projekt befördern.
16. Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass sich die Verwaltung um die Förderung "Natur nah dran" bewirbt. Es geht um die Umgestaltung von öffentlichen Grünflächen, z.B. an Schulen oder Verkehrsinseln, zu Wildpflanzenflächen, um die Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren zu unterstützen und um eine bessere Anpassung an den Klimawandel.
17. Die SPD-Fraktion bittet um Prüfung, ob in der Stadt Ostfildern ein weiteres größeres Pflegeheim erforderlich ist.

18. Die beiden Tagespflegeeinrichtungen in Ruit und im Scharnhauser Park sind nicht kostendeckend. Die SPD bittet um einen differenzierten Bericht über die Auslastung und eine grundsätzliche Überprüfung der Finanzierung dieses Angebots in städtischer Trägerschaft.
19. Die Fraktion hofft, den schon im Vorjahr beantragten Armuts- und Sozialbericht in einer der nächsten Sitzungsrunden im Gremium beraten zu können.
20. Die SPD-Fraktion ist in Sorge, dass Jugendliche extremistischen Einflüssen (Antisemitismus und Rassismus) ausgesetzt sind und sich von der demokratischen Mehrheitsgesellschaft abwenden. Sie bittet in diesem Zusammenhang auch um Informationen zu den pädagogischen Aktivitäten der in Ostfildern wirkenden Isalmverbände und zu der gegenwärtigen Zusammenarbeit zwischen den Religionsgemeinschaften in unserer Stadt.

V. Freie Demokraten

1. Die Freien Demokraten stellen folgende Frage: Warum diskutieren wir nicht über gemeinsame Projekte mit Denkendorf, Ostfildern und Neuhausen im Bereich Kindergärten? Bei den Schulen funktioniert das hervorragend, und wir könnten Vorbild für andere Städte sein.
2. Es liegt nach Auffassung der Freien Demokraten in der Verantwortung der Verwaltung, konkrete (Haushalts-)Vorschläge in den Gemeinderat zu bringen und einen Mehrheitskonsens zu erzielen bzw. um Veränderungen herbeizuführen.

VI. Anträge von Stadträtin Dr. Jutta Zwaschka (Die LINKE)

keine